

Albrecht Triller  
Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Stellungnahme zum Antrag BV/864/2012 Haushaltsansatz Bürgerhaushalt (DIE LINKE)

Die Arbeit mit einem Bürgerhaushalt in Eberswalde geht auf eine Anregung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde zurück. Zwar entsprach schon die erste Satzung nur zum Teil unseren Vorstellungen und konnten uns die Ergebnisse der ersten Jahre nicht befriedigen, doch geht der aktuelle Bürgerhaushalt an den von uns angestrebten Zielen weit vorbei. Was derzeit als Bürgerhaushalt deklariert wird, ist wenig geeignet, das bürgerschaftliche Engagement der Eberswalder Bürger zu verstärken und ihren Einfluss auf den wichtigsten kommunalpolitischen Entscheidungsprozess – den städtischen Haushalt – zu erhöhen. Der repräsentativen Demokratie ein Element der direkten Demokratie hinzu zu fügen – davon ist der aktuelle Bürgerhaushalt weit entfernt. Das schmerzt uns als Initiatoren des Eberswalder Bürgerhaushalts besonders.

Der aktuelle Bürgerhaushalt beschränkt die Mitwirkung der Bürger am Haushalt auf eine bescheidene Summe von mindestens 50 T€. Der hier zur Entscheidung stehende Antrag schlägt vor, diese Summe auf 100 T€ zu erhöhen. Dies ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, ändert aber nicht daran, dass dieses „Bürgerbudget“ nicht den Namen Bürgerhaushalt verdient, sondern nur eine Alibi-Funktion erfüllt. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Entscheidung für den Einsatz dieser Summe völlig den Bürgern überlassen werden soll. Gemessen am Gesamtumfang des Haushalts liegt das Niveau der Mitbestimmung der Bürger gerade im Promille-Bereich. Nimmt man als Bezugsgröße den Wertumfang der Vorschläge der Bürger von rund 4 Mio €, dann lassen sich BHH-Vorschläge im Umfang von rund 1 % berücksichtigen. Wer bei solchen Relationen von Mitbestimmung spricht, will nur darüber hinweg täuschen, dass er eigentlich gar keine Mitbestimmung wünscht.

